



Tätigkeitsbericht 2018

Das Jahr 2018 war ein bewegtes Jahr für Grund- und Verbraucherrechte in unserer zunehmend digitalisierten, vernetzten und automatisierten Welt. Die neue Bundesregierung ist angetreten, um der Digitalisierung mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die neue Datenschutzgrundverordnung findet seit diesem Jahr Anwendung. Auf europäischer Ebene wird über ein neues Urheberrecht diskutiert. Wir bringen uns in diese und viele andere Prozesse ein. Darunter auch solche, die weniger im Rampenlicht stehen, wie die Verbesserung der IT-Sicherheit und die Förderung der Medienkompetenz junger Menschen.

Wir möchten allen danken, die uns in diesem Jahr unterstützt haben und mit denen wir zusammen arbeiten durften. Gemeinsam treten wir für eine Digitalisierung im Sinne der Bürger*innen und Verbraucher*innen ein. Damit meinen wir: Mündigkeit und Kompetenz in der Nutzung digitaler Technologien, den Erhalt demokratischer Mitbestimmung und Grundrechte in der digitalen Transformation sowie die Reflektion dieser Entwicklungen in Wissenschaft und Bildung.

Die Arbeit der Digitale Gesellschaft e. V. (im Folgenden: Digitale Gesellschaft) ist ohne unsere Spender*innen und Fördermitglieder nicht möglich. Gerne würden wir noch mehr leisten, denn es ist viel zu tun. Wer die Digitale Gesellschaft unterstützen möchte, findet alle notwendigen Informationen hierzu auf unserer Webseite:

<https://digitalegesellschaft.de/foerdermitglied>

<https://digitalegesellschaft.de/spende/>

oder über betterplace:

<https://www.betterplace.org/de/projects/19435-spende-fur-menschenrechts-und-verbraucherfreundliche-netzpolitik>

1. Informationsportal zur Datenschutzgrundverordnung: Deine Daten. Deine Rechte.

Pünktlich mit Anwendungsbeginn der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist unser Informationsportal „Deine Daten. Deine Rechte.“ online gegangen. „Deine Daten. Deine Rechte.“ bietet Verbraucher*innen Materialien zu ihren Rechten und konkrete Hilfestellungen zur Anwendung und Durchsetzung dieser Rechte. In einem Online-Lernspiel, kurzen Erklärvideos und einfach verständlichen Texten mit Alltagsbeispielen lernen Verbraucher*innen die neuen Datenschutzregeln kennen. Ein Lexikon erläutert wichtige Begriffe und geht auch auf offene Fragen in der Umsetzung der Regeln ein. Darüber hinaus stehen den Verbraucher*innen Musterschreiben zur Verfügung, um ihre Rechte durchzusetzen.

Das Portal „Deine Daten. Deine Rechte.“ haben wir mit Förderung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) entwickelt. Wir haben das Portal zudem auf einigen Veranstaltungen präsentiert und mit Verbraucher*innen diskutiert, etwa auf der Konferenz re:publica und dem Tag der offenen Tür der Bundesregierung.

Die Digitale Gesellschaft hat sich bereits zuvor für eine datenschutzfreundliche Ausgestaltung der DSGVO im Sinne der Nutzer*innen stark gemacht. In diesem Sinne betrachten wir die DSGVO als wichtige Chance für einen verbesserten Verbraucher- und Datenschutz. Mit Anwendungsbeginn der DSGVO lag der Fokus oft auf den rechtlichen Verpflichtungen für Unternehmen. „Deine Daten. Deine Rechte.“ gibt dagegen denen Informationen und eine Stimme, für die die DSGVO eigentlich gemacht ist – den Verbraucher*innen.

Informationsportal „Deine Daten. Deine Rechte.“: <https://deinedatendeinerechte.de>
(Englischsprachige Version des: <https://yourdata-yourrights.eu/>)

2. Öffentliche Begleitung der EU-Urheberrechtsreform

Im Jahr 2018 verhandelten die europäischen Institutionen, insbesondere das Europäische Parlament, über die Reform des Urheberrechts. Die Digitale Gesellschaft setzt sich seit Jahren für eine Modernisierung des Urheberrechts im Internetzeitalter ein. Ungleich größere Aufmerksamkeit als dringend notwendige Schrankenregelungen und neue Vergütungsformen, bekamen jedoch die Vorstöße zur Einführung sogenannter „Upload-Filter“ und eines Leistungsschutzrechts für Presseverlage.

Beide Maßnahmen, Upload-Filter und das Leistungsschutzrecht, gefährden Verbraucher- und Grundrechte. Upload-Filter erschweren Verbraucher*innen das Teilen von Inhalten im Netz und bergen die Gefahr einer Einschränkung der Meinungsfreiheit mittels schwer kontrollierbarer Technologien. Das Leistungsschutzrecht verhindert nicht nur die Nutzung von Nachrichtenaggregatoren und ähnlichen zum Nutzungsalltag der Verbraucher*innen gehörenden Angeboten. Sie sind zugleich eine Gefahr für eine freie Presselandschaft.

Gemeinsam mit anderen Organisationen aus dem Verbraucherschutz, der netzpolitischen Zivilgesellschaft und der Wirtschaft haben wir in zwei offenen Briefen frühzeitig an die Bundesregierung sowie an Abgeordnete des Europäischen Parlaments auf diese Gefahren hingewiesen. Zur Abstimmung im federführenden Rechtsausschuss des Europäischen

Parlaments haben wir im Rahmen einer Kampagne gemeinsam mit anderen Organisationen der netzpolitischen Zivilgesellschaft aus ganz Europa die Öffentlichkeit informiert und dazu aufgerufen, mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments hierzu ins Gespräch zu kommen.

Zur Zeit der entscheidenden Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlament haben wir unsere Argumente nochmals auf unserem Blog sowie in der Fach- und Verbraucher Zeitschrift für Computer-Technik „c't“ dargelegt.

Upload-Filter gefährden dein Recht auf freie Meinungsäußerung: Deine Hilfe wird benötigt (23.02.2018): <https://digitalegesellschaft.de/2018/02/upload-filter-hilfe/>

Offener Brief: Zivilgesellschaft fordert Nein zu Upload-Filtern (28.02.2018)
<https://digitalegesellschaft.de/2018/02/offener-brief-upload-filter/>

Offener Brief: Leistungsschutzrecht ist Gift für pluralistische Presselandschaft (24.04.2018): <https://digitalegesellschaft.de/2018/04/offener-brief-lsr/>

Freie Kommunikation muss im Internet erhalten bleiben! (06.09.2018):
<https://digitalegesellschaft.de/2018/09/freie-kommunikation-muss-im-internet-erhalten-bleiben/>

Censura maxima Gastkommentar: Upload-Filter gefährden die freiheitliche Gesellschaft (14.09.2018): <https://www.heise.de/ct/ausgabe/2018-20-Gastkommentar-Upload-Filter-gefaehrden-die-freiheitliche-Gesellschaft-4159374.html>

3. Institutionalisierung des gesellschaftlichen Dialogs zur Informationssicherheit: Projekt Smart und sicher im Netz

Das Projekt „Smart und sicher im Netz“ haben wir in 2018 fortgesetzt. Die Sicherheit unserer vernetzten Infrastruktur, Geräte und Anwendungen ist die Grundbedingung für Datenschutz und Privatsphäre und zugleich auch für den Schutz von Verbraucher*innen vor Betrug und unlauteren Geschäftspraktiken. Nachdem das Projekt Smart und sicher im Netz im ersten Durchgang zunächst durch Recherche sowie Interviews und Arbeitstreffen mit Expert*innen („Denkwerkstätten“) zentrale Handlungsbedarfe aus Verbrauchersicht und Perspektive der Zivilgesellschaft ermittelt hat, zielt das Nachfolgeprojekt 2018/2019 auf die Institutionalisierung des Dialogs aller Akteure, insbesondere unter Einbindung der Zivilgesellschaft und des Verbraucherschutzes.

Im ersten Halbjahr 2018 haben wir gemeinsam mit unseren Projektpartnern weitere Untersuchungen betrieben und im April 2018 eine weitere erfolgreiche Denkwerkstatt mit namhaften Vertreter*innen aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen organisiert. Im Juni 2018 folgten weitere vertiefende Workshops. Die zweite Hälfte des Projekts [„Institutionalisierung des gesellschaftlichen Dialogs“](#) begann im September mit einem Kerngruppentreffen.

Im Zuge der immer weiteren Vernetzung unseres Alltags („Internet der Dinge“) wird das Thema IT-Sicherheit zukünftig eine zentrale Rolle für Verbraucher spielen. Dass das Thema IT-Sicherheit immer stärker ins Bewusstsein der Verbraucher rückt und die Perspektive der Nutzer*innen

stärker Gehör findet, etwa im Zuge der aktuellen Diskussionen um Softwareprodukt haftung und verpflichtende Updates, betrachten wir nicht zuletzt als Erfolg des Projekts „Smart und sicher im Netz“. Hieran gilt es anzuknüpfen.

Die Digitale Gesellschaft führt das Projekt „Smart und sicher im Netz“ gemeinsam mit dem Berliner Institut nexus im Auftrag des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) durch.

Projekt „Institutionalisierung des gesellschaftlichen Dialogs“:

https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/DigitaleGesellschaft/Digitale_Gesellschaft/IdgD/IdgD_node.html;jsessionid=EB6AF4A0F4C9863CC11DB594ED3B3A13.1_cid360

4. Öffentliche Begleitung der ePrivacy-Reform

Im Jahr 2018 verhandelten die europäischen Institutionen, insbesondere die Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union, über die ePrivacy-Verordnung zur Sicherung der Privatsphäre und des Datenschutzes in der elektronischen Kommunikation. Die ePrivacy-Verordnung spezifiziert die Datenschutzgrundverordnung für Bereiche, die im Nutzungsalltag besonders relevant sind, wie die Kommunikation mit dem Smartphone über das Mobilfunknetz und Messenger-Dienste oder den Besuch von Webseiten mit verschiedenen Endgeräten.

In zwei offenen Briefen haben wir – gemeinsam mit namhaften Organisationen der netzpolitischen Zivilgesellschaft aus ganz Europa sowie deutschen Verbraucherschutz-, Bürgerrechts-, Datenschutz- und akademischen Vereinigungen – die Regierungen der EU-Staaten und insbesondere die deutsche Bundesregierung aufgefordert, die Verhandlungen über die ePrivacy-Verordnung möglichst schnell und zum Wohle der Nutzer*innen zum Abschluss zu bringen. Insbesondere fordern wir, Privatsphäre und Datenschutz durch Technikgestaltung wie Ende-zu-Ende-Verschlüsselung und Voreinstellungen, die ein Verfolgen von Nutzeraktivitäten (Tracking) durch Unternehmen standardmäßig verhindern, zu stärken. Auch sollte die Nutzung von Webseiten und anderen Diensten nicht von der Einwilligung in Tracking abhängig gemacht werden.

Obwohl die ePrivacy-Reform enorme Auswirkungen auf den Nutzungsalltag und damit den Verbraucherschutz, den Datenschutz und die informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen in der digitalen Kommunikation hat, findet sie kaum öffentliche Aufmerksamkeit. Mit den beiden offenen Briefen und der daraus resultierenden Berichterstattung haben wir nicht nur den Dialog mit der Politik gesucht, sondern auch die Nutzer*innen über dieses wichtige Reformvorhaben informiert.

Offener Brief: Mitgliedstaaten müssen den Weg für ePrivacy-Reform frei machen (28.03.2018):

<https://digitalegesellschaft.de/2018/03/offener-brief-eprivacy/>

5. Öffentliche Begleitung der Koalitionsverhandlungen

Am Anfang des Jahres 2018 fanden die Verhandlungen zur Bildung der neuen Bundesregierung

staff. Bereits in den Wahlprogrammen hat die Digitalisierung so großen Raum wie nie zuvor eingenommen. Wir haben diesen Impuls aufgegriffen und zehn zentrale Forderungen mit jeweils konkreten Handlungsempfehlungen, aus Sicht des digitalen Grundrechts- und Verbraucherschutzes, für die Koalitionsverhandlungen formuliert. Darunter finden sich zentrale Vereinsziele wie:

- die Stärkung der Internetversorgung der Verbraucher*innen, u. a. durch Breitbandausbau und Netzneutralität,
- die Sicherung von Grund- und Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit, u. a. durch Beendigung anlassloser Massenüberwachung und privater Rechtsdurchsetzung bei der Inhalteregulierung,
- die Förderung von digitaler Bildung und Wissenschaft, u. a. durch Bereitstellung umfassender Fördermittel zur Medienkompetenzbildung und dem Einsatz freier Lernmaterialien und Software.

Im Anschluss an die Koalitionsverhandlungen haben wir eine differenzierte Analyse des Koalitionsvertrages anhand unserer Handlungsempfehlungen veröffentlicht. Wir haben aufgezeigt, inwiefern die Perspektive der Grund- und Verbraucherrechte von den Koalitionspartnern berücksichtigt wurde. Unser Ergebnis: Zu wenig. Obwohl die Digitalpolitik viel Raum im Koalitionsvertrag einnimmt, bleibt zu wenig Konkretes aus Sicht der Bürger*innen und Verbraucher*innen.

Groko-Verhandlungen: 10 netzpolitische Empfehlungen (22.01.2018): <https://digitalegesellschaft.de/2018/01/groko-empfehlungen/>

Koalitionsvertrag: Das Gute, das Schlechte und das Fragliche (09.02.2018): <https://digitalegesellschaft.de/2018/02/koav-analyse/>

6. Medienkompetenzbildung an Berliner Schulen: Sicher und bewusst im Netz

Nicht Reden, sondern Handeln: Unser Projekt „Sicher und bewusst im Netz“, bei dem wir jungen Menschen die Funktionsweise des Internets und den souveränen Umgang mit Internetdiensten näher bringen, ist 2018 in die nächste Runde gegangen.

Seit dem 4. Oktober 2018 kommen wir für je acht Workshops zu unterschiedlichen Themen an die Albert-Gutzmann-Schule im Berliner Stadtteil Wedding, um uns mit zwei parallelen 6. Klassen umfassend über zentrale Themen im Netz zu unterhalten: Wie funktionieren Smartphones und das Internet? Warum ist Datenschutz so wichtig? Inwiefern unterscheiden sich Mobbing auf dem Schulhof und Cyber-Mobbing? Was gibt es beim Teilen von Inhalten im Netz in Bezug auf Persönlichkeitsrechte, Urheberrechte und Fake News zu beachten? Welche praktischen Tipps gibt es, um online besser geschützt zu sein?

Das Projekt „Sicher und bewusst im Netz“ wird von der Digitalen Gesellschaft im Jahr 2018 in Zusammenarbeit mit dem Medienkompetenz-Experten Benjamin Schlüter durchgeführt. Angebunden ist das Projekt beim Quartiersmanagement Pankstraße.

Website des Projekts „Sicher und bewusst im Netz“: <https://dein-netz.org>

7. Stellungnahme zum Medienstaatsvertrag

Im Rahmen des Online-Konsultationsverfahrens der Rundfunkkommission der Länder haben wir zum Entwurf des 23. Rundfunkänderungsstaatsvertrages („Medienstaatsvertrag“) Stellung genommen. Wir haben uns damit als einzige Organisation der digitalen Zivilgesellschaft intensiv mit den Auswirkungen der Vorschläge für die Verbreitung von Informationen und Wissen sowie den Vorschlägen zur Regulierung von Plattformen, die die Medienangebotsnutzung von Verbraucher*innen immer stärker beeinflussen, auseinandergesetzt.

Ganz allgemein begrüßen wir, dass mit dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag im Internet Meinungsvielfalt gesichert und kommunikative Chancengleichheit gewährleistet werden soll. Wir kritisieren allerdings, dass der Entwurf zu ungenau bleibt und seinem eigenen Anspruch, die Gesamtheit der meinungsbildenden Medienangebote zu regeln, nicht nachkommt. Konkret wirft der Entwurf vor allem die Frage auf, ob und inwiefern die vorgeschlagenen Regelungen auch Angebote des Freien Wissens der Zivilgesellschaft betreffen.

Stellungnahme des Digitale Gesellschaft e.V. zum Entwurf des 23.

Rundfunkänderungsstaatsvertrages „Medienstaatsvertrag“ (30.09.2018):

<https://digitalegesellschaft.de/2018/10/stellungnahme-des-digitale-gesellschaft-e-v-zum-entwurf-des-23-rundfunkaenderungstaatsvertrages-aka-medienstaatsvertrag/>

Rundfunkänderungsstaatsvertrag: zumindest die Spinnweben sollten entfernt werden (04.10.2018):

<https://digitalegesellschaft.de/2018/10/rundfunkaenderungstaatsvertrag-zumindest-die-spinnweben-sollten-entfernt-werden/>

8. Wissensaustausch und Vernetzung: Netzpolitische Abende

Auch im Jahr 2018 haben wir an jedem ersten Dienstag im Monat netzpolitisch Interessierte und Aktive im Berliner Hacker Space und Veranstaltungsort c-base zusammengebracht. In kurzen Vorträgen stellen vor allem Vertreter*innen von Digital- und Verbraucherschutz-Organisationen, Wissenschaftler*innen und ehrenamtlich Engagierte, Themen, Projekte und Kampagnen vor.

Höhepunkte im Jahr 2018 waren die Schwerpunktabende zum Thema Dateneigentum und Videoüberwachung sowie die verständlich aufbereiteten Beiträge aus der wachsenden Berliner Forschungslandschaft zu Vernetzung und Digitalisierung. Unter anderem haben Forscher*innen des neu gegründeten „Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft“ das Forschungsprogramm des Instituts vorgestellt.

Die netzpolitischen Abende dienen dem Wissensaustausch und der Vernetzung vor Ort. Die Vorträge werden live übertragen und später auf unserem Youtube-Kanal öffentlich zur Verfügung gestellt. Über die Jahre ist so ein umfangreiches, frei verfügbares Wissensarchiv zu Themen rund um Internet und Digitalisierung aus Grundrechts- und Verbrauchersicht entstanden.

Netzpolitischer Abend auf der Webseite der Digitalen Gesellschaft:
<https://digitalegesellschaft.de/portfolio-items/netzpolitischer-abend/>

9. Öffentliche Begleitung der Anwendung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes

Nach im Jahr 2017 das aus Grundrechts- und Verbraucherschutz-Gesichtspunkten vielfach kritisierte Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) verabschiedet wurde, begann im Jahr 2018 seine Anwendung.

Wir haben die Implementation des Gesetzes als Ansprechpartner für die nationale und internationale Presse begleitet und wiederholt auf die Schwachstellen des Gesetzes – allen voran der Schaffung eines Anreizes zum Löschen nicht zu beanstandender Äußerungen von Nutzer*innen durch Internetplattformen – hingewiesen.

Wir haben zudem die durch das Gesetz verpflichtend zu erstellenden Löscherichte der großen Plattformen analysiert. Die Löscherichte bestätigen unsere Befürchtung einer zunehmenden Privatisierung der Rechtsdurchsetzung durch das NetzDG, bei der Straftaten unsichtbar gemacht statt verfolgt werden. Zugleich tut das Gesetz nichts gegen die Ursachen von Hass und Menschenfeindlichkeit im Netz: Hier fordern wir weitergehende Forschung und zudem die Förderung von Medienkompetenz und Diskursfähigkeit, wie wir es auch in unserem Medienkompetenzprojekt „Sicher und bewusst im Netz“ (s. o.) vermitteln.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) gefährdet die Meinungsfreiheit (27.07.2018)
<https://digitalegesellschaft.de/2018/07/das-netzwerkdurchsetzungsgesetz-netzdg-gefaehrdet-die-meinungsfreiheit/>

10. Beteiligung am Bündnis Unteilbar

Die Digitale Gesellschaft ist Erstunterzeichnerin der Bündniserklärung und des Aufrufs zur Demonstration „Unteilbar“, auf der im Oktober über 200.000 Menschen für eine offene Gesellschaft auf die Straße gegangen sind. Wir haben gemeinsam mit anderen netzpolitischen Organisationen die digitale Zivilgesellschaft vertreten und uns in diesem Sinne in die Öffentlichkeitsarbeit eingebracht. In einem Gastbeitrag für das Portal netzpolitik.org haben wir erklärt, warum das größere Anliegen einer offenen Gesellschaft auch für netzpolitisch Interessierte bedeutsam ist.

Digiges bei #unteilbar (15.10.2018): <https://digitalegesellschaft.de/2018/10/digiges-bei-unteilbar/>

11. Kritik am Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit

Der Streit um die elektronische Gesundheitskarte, die letztlich eine zentrale Speicherung von Gesundheitsdaten der Versicherten ermöglichen soll, ist alt. Hier ist sowohl zu fragen, ob solch sensible Daten überhaupt in zentral zugänglichen Dateien gesammelt werden müssen, als auch die Frage zu stellen, wie solche Daten sicher gespeichert werden können. Im August lag ein

Referentenentwurf des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG) vor, der Datenschützer*innen und Patient*innen alarmierte. Gemeinsam mit acht weiteren Organisationen, die sich für Menschenrechte, Datenschutz und die Interessen von Patient*innen engagieren, kritisieren wir die Pläne von Gesundheitsminister Spahn zum Umgang mit Krankheitsdaten.

<https://digitalegesellschaft.de/2018/08/das-ist-spahnsinn-datenschuetzer-kritisieren-die-plaene-von-gesundheitsminister-spahn-zur-elektronischen-uebertragung-von-krankheitsdaten/>

12. Digital-o-Maten zu den bevorstehenden Wahlen

Von der Koalition Freies Wissen – Wikimedia Deutschland, Bündnis Freie Bildung, Chaos Computer Club, Digitale Gesellschaft, Freifunk, Free Software Foundation Europe, Open Knowledge Foundation Deutschland – wurden zwei Digital-O-Maten zu den anstehenden Wahlen in Bayern und Hessen entwickelt. Befragt wurden alle Parteien, die bereits im Landtag vertreten sind bzw. in den Sonntagsfragen des Jahres 2018 mindestens einmal oberhalb der 5-Prozent-Hürde lagen. Neben den Antworten sollten die Parteien auch entsprechende Belege für die in ihren Antworten enthaltenen Positionen liefern, etwa aus Parteibeschlüssen, Initiativen oder den Wahlprogrammen. In 10 Klicks verrät der Digital-O-Mat Wähler*innen, mit welcher Partei sie bei netzpolitischen Themen auf einer Wellenlänge liegen.

<https://digital-o-mat.de/>

<https://digitalegesellschaft.de/category/presse/>

13. Offener Brief wegen Hessischem Polizeigesetz

Die Koalitionsverhandlungen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Hessen nahmen wir zum Anlass, uns in einem Offenen Brief an die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag und den Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen Hessen zu wenden. Wir forderten, schon in den Koalitionsverhandlungen den Schritt in Richtung Verpolizeilichung und Überwachung, der in der vergangenen Legislaturperiode getan wurde, zurückzunehmen.

Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung sind im Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) geregelt. Für die Quellen-TKÜ und die Online-Durchsuchung von Computern und Smartphones wird staatliche Spionage-Software zur verdeckten Überwachung vorgehalten. Staatstrojaner brauchen für ein verdecktes Eindringen Sicherheitslücken in der Software. Die für den Staatstrojaner bewusst offengehaltenen Einbruchsmöglichkeiten stehen auch für kriminelle Aktivitäten offen und gefährden die gesamte Bevölkerung in einem völlig überbordenden Maße.

<https://digitalegesellschaft.de/2018/12/offener-brief-zum-hessischen-polizeigesetz/>

Unterstütze uns!

Liebe Freunde und Freundinnen der Digitalen Gesellschaft,

Engagement kostet viel Zeit und auch Geld. Auch in diesem Jahr haben wir für eine moderne Netzpolitik und Bürgerrechte gekämpft.

Für unsere Arbeit sind wir auf Spenden angewiesen. Nur so können wir die vielen Kampagnen stemmen, unsere Meinung professionell in die Parlamente fragen und für unsere Ziele kämpfen. Damit wir auch in den kommenden Jahren die digitalen Grund- und Verbraucherrechte verteidigen können, brauchen wir eure Unterstützung.

Deshalb vorneweg, wie auch zum Schluss die Aufforderung: Werde / werden Sie Fördermitglied oder unterstützen Sie uns mit einer Spende.

Um uns zu helfen, könnt ihr zum einen Fördermitglied werden. Fördermitglieder leisten einen wesentlichen Beitrag, dass wir noch besser gegen Industrielobby-Interessen und für mehr Bürgerrechte eintreten können. Übrigens: Ab einem Spendenbetrag von 10 Euro pro Monat gibt es einen schicken Digiges-Stoffbeutel oder ein Digiges-T-Shirt in einer gewünschten Größe als Willkommensgeschenk. Hier könnt ihr Fördermitglied werden:

<https://digitalegesellschaft.de/foerdermitglied/>

Wir freuen uns aber auch über klassische Spenden. Dafür gibt im Moment zwei Möglichkeiten: Einerseits per Banküberweisung, und sehr viel einfacher über unser Spendenformular:

<https://digitalegesellschaft.de/spenden/>

Unsere Kontodaten sind:

Digitale Gesellschaft e.V.

IBAN: DE88430609671125012800

BIC: GENODEM1GLS (44789 Bochum)

Spenden sind ebenfalls über betterplace möglich:

<https://www.betterplace.org/de/projects/19435-spende-fur-menschenrechts-und-verbraucherfreundliche-netzpolitik>

Alle wichtigen Infos, etwa wie ihr Spenden steuerlich absetzen könnt, findet ihr hier.

<https://digitalegesellschaft.de/unterstuetzen/spenden-faq/>

Wir freuen uns auf eure Unterstützung.

Eure Digiges

=====

V.i.S.d.P.: Elke Steven, Digitale Gesellschaft e.V., Groninger Str. 7, 13347 Berlin